



Bundesministerin für
EU und Verfassung

bundeskanzleramt.gv.at

Mag.^a Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.072.151

Wien, am 30. März 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen haben am 30. Jänner 2020 unter der Nr. **678/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Brüssel-Reise für alle Jugendlichen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 9:

- *Haben zum jetzigen Zeitpunkt schon Gespräche mit dem Bildungs-, Finanzministerium und den EU-Institutionen stattgefunden?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, weshalb nicht und wann sind diese geplant?*
- *Wie viele Jugendliche würden von dieser Maßnahme pro Jahr und insgesamt bis zum Jahr 2025 profitieren? Bitte um eine Aufschlüsselung der einzelnen Jahre und pro Bundesland.*
- *Wie hoch werden die Kosten dieser Maßnahme sein?*
 - a. *Welchen Teil hat der Bund vor zu übernehmen?*

- b. Aus welchem Detailbudget Ihres Bundesministeriums sollen diese Finanzmittel entnommen werden? Und welche aus den anderen Bundesministerien? Bitte um Aufschlüsselung.*
- c. Ist eine Co-Finanzierung mit dem Europaparlament, der europäischen Kommission oder einer anderen europäischen Institution geplant? Wenn ja, gab es diesbezüglich schon Gespräche?*
- d. Ist geplant, dass ein Teil der Kosten von den Bundesländern übernommen wird? Wenn ja, von welcher Höhe gehen Sie aus? Wenn ja, gab es diesbezüglich schon Gespräche?*
- *Wie soll die Reise konkret für Jugendliche ausgestaltet sein?*
 - a. Welche Dauer ist geplant?*
 - b. Welche Institutionen sollen besucht werden?*
 - c. Welcher Kostenanteil wird vom Bund, welcher von anderen Stellen, welcher von den Jugendlichen getragen? Bzw. ist ein Selbstbehalt für Jugendliche geplant? Wenn ja, ist für finanzielle Notsituationen eine besondere finanzielle Unterstützung geplant?*
- *Wie soll die Einladung an die entsprechenden Personen ausgestaltet sein, um die Erreichbarkeit zu garantieren?*
- *In welchem Zeitraum soll die Reise stattfinden? Ist dieser individuell wählbar oder starr vorgegeben?*
 - a. Bei einem vorgegebenen Zeitraum: gibt es alternative Reisedaten, die man wählen kann, aufgrund von Verhinderung?*
- *Wird bei dem Vorhaben auch auf die Klimaverträglichkeit geachtet? Vor allem in Bezug auf die Fortbewegungsmittel?*
 - a. Mit welchem Transportmittel ist geplant nach Brüssel zu kommen?*
 - b. Ist eine Reisekostenobergrenze geplant?*
- *Wann soll die Maßnahme starten bzw. wann der erste Jahrgang nach Brüssel geschickt werden?*
- *Gibt es bereits Förderprogramme auf Bundesebene, die ähnliche Vorhaben subventionieren?*
 - a. Wenn ja, werden die Mittel für vorhandene Programme aufgrund der neuen Initiative gestrichen, erhöht oder stagnieren?*
 - b. In welchem Zusammenhang stehen die Subventionskontingente der EU-Abgeordneten, die auf 110 Personen pro Jahr limitiert sind?*

Der österreichischen Bundesregierung ist es ein Anliegen, die EU sowie ihre Ziele und Aufgaben den Bürgerinnen und Bürger näher zu bringen. Vor allem das Interesse der jungen

Menschen an Europa soll noch stärker geweckt und ihnen die Bedeutung der europäischen Integration nähergebracht werden.

In Österreich sollen Jugendliche daher die Chance bekommen, die Zusammenhänge und Abläufe in der europäischen Politik auch durch Aufenthalte in Brüssel besser zu verstehen.

Unter dem Motto „Die EU erlebbar machen“ formuliert das aktuelle Regierungsprogramm 2020 – 2024 daher das Ziel, dass alle 15- bis 20-Jährigen einmal in ihrer Ausbildungszeit eine Woche nach Brüssel reisen und die EU-Institutionen kennen lernen sollten.

Einige Angebote sind bereits auf Ebene der Bundesländer, über Vereine aber auch über die Europäischen Institutionen zugänglich. Hier gilt es zukünftig die Informationen darüber zu bündeln und der Zielgruppe im Wege der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Dadurch sollten einerseits die Möglichkeiten dargestellt und andererseits das Interesse geweckt werden. Wichtig ist uns dabei, ebenso wie bei der Gestaltung weiterer konkreter Maßnahmen, ein ganzheitlicher Ansatz. Dieser wird derzeit interministeriell und interinstitutionell erarbeitet.

Da die Legislaturperiode gerade erst begonnen hat, stehen wir bei der Umsetzung dieses Ziels noch am Anfang. Die von Ihnen gestellten Fragen werden Teil der Überlegungen zu konkreten Maßnahmen sein.

Mag.^a Karoline Edtstadler

